



Geschäftsführung Rat

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 23.05.2022

Niederschrift

über die **16. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem **05.05.2022**, 15:35 Uhr bis 23:58 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Benthem van, Henk; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister*innen

Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Urmetzner, Marc André; 2. stellvertretender Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haaks, Stefanie; Steinkamp, Dieter, Dr.; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Lange, Maria;

Stenografen

Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Gabrysch, Nicolin; Heuser, Marion; Jäger, Christiane; Steinmann, Lisa; Yazicioglu, Dilan;

Bezirksbürgermeister*innen

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet, besonders die Nachwuchskräfte, die Teilnehmer*innen der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten Herrn Koenen, die die Sitzung im Livestream verfolgen, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder. Sie begrüßt besonders Herrn Andree Haack und seine Ehefrau im Zuschauerbereich. Der Rat tagt im Ratssaal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- I. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder Frau Seiger, Herrn Welter und Frau Venturini vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.
- II. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt haben am 01.04.2022 fristgemäß einen **Antrag zur Durchführung einer aktuellen Stunde** zum Thema "Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!", AN/0749/2022“, eingereicht, der unter **TOP 1.1** behandelt wird.
- III. Frau Oberbürgermeisterin nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 4.4 Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) "Wie geht es weiter mit dem Kalkberg? Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Rats und der Bezirksvertretung Kalk"
AN/0941/2022
- 4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Ausgaben der Stadt Köln für Rechtsanwälte und Medien-Berater"
AN/0953/2022
- 4.6 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Erhöhtes Risikomanagement der Stadt Köln - 11.11."
AN/0899/2022
- 7.3 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022
1329/2022
- 7.4 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2022
0831/2022
- 7.5 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
1326/2022
- 7.6 Unterrichtung des Rates über die Anzeige der Gesamtabstchlüsse 2010 und 2018 gem. § 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabstchlüsse NRW
1346/2022
- 10.25 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1196/2022
- 10.26 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Köln hier: Bedarfsfeststellung
1316/2022

- 17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern"
AN/0992/2022
- 17.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Neubesetzung von Gremien"
AN/0995/2022
- 18.2 Nationales Bewerbungsverfahren des Deutschen Fußballbundes e. V. zur Ausrichtung der FIFA Frauenwelt-meisterschaft 2027
hier: Unterzeichnung der Teilnahmeerklärung durch die Stadt Köln und die Kölner Sportstätten GmbH
1330/2022

- IV. Ratsmitglied (RM) Hock teilt mit, dass seine Fraktion mit dem Verfahren zur Wahl unter TOP A nicht einverstanden sei, sie der Wahl widerspreche und behält sich vor, das Verfahren zu prüfen.

RM Syndicus beantragt,

TOP 3.1.6

Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Beitritt in das Regionalbündnis Cradle to Cradle"
AN/0529/2022

in die nächste Sitzung zu vertagen.

Sie beantragt weiterhin,

TOP 3.1.14

Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Bedarfsabfrage EC-Lesegeräte im Verkehrsdienst"
AN/0885/2022

in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Internationales / Vergabe am 10.05.2022 zu verweisen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Absetzung von TOP A abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Fraktion **abgelehnt.**

- V. Es liegen **zwei Dringlichkeitsanträge** vor:

**Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "REAL-Markt in Porz-Eil retten!"
AN/0998/2022**

RM Kienitz und RM Cremer sprechen sich gegen, RM Homann für die Dringlichkeit aus.

RM Kienitz sieht in dem Antrag eine versteckte Anfrage. RM Joisten stellt einen Hilfsantrag, dass, wenn der Tagesordnungspunkt nicht im Rat behandelt werde, er in den Hauptausschuss am 09.05.2022 verwiesen werden solle. Auf Nachfrage von Frau Oberbürgermeisterin Reker, ob die Angelegenheit dringlich sei oder im Hauptausschuss behandelt werden soll, wird von den Antragstellenden der Dringlichkeitsantrag aufrechterhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Behandlung in der heutigen Sitzung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FPD, Volt und AfD bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **abgelehnt.**

Der Dringlichkeitsantrag wird somit **nicht auf die Tagesordnung gesetzt.**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "REAL-Markt in Porz-Eil retten!"

AN/0998/2022

RM Hammer spricht sich gegen, RM Joisten für die Dringlichkeit aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Behandlung in der heutigen Sitzung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und die Linke. **abgelehnt.**

Der Dringlichkeitsantrag wird somit **nicht auf die Tagesordnung gesetzt.**

VI. RM Kienitz beantragt, die Tagesordnungspunkte

TOP 1.1

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!"

AN/0749/2022

und

TOP 3.1.2

Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Schulanmeldeverfahren gerecht, rechtssicher und zielführend"

AN/0913/2022

zusammen unter TOP 1.1. zu behandeln.

Er beantragt weiterhin, die Tagesordnungspunkte

TOP 3.1.9

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Erstellung eines Masterplans Kommunale Sicherheit und eines Masterplans Sauberkeit"

AN/0906/2022 mit den Änderungsanträgen

und

TOP 3.1.12

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gründung einer Kölner Aktion gegen Vandalismus – Präventionsprogramm auf den Weg bringen"

AN/0813/2022

zusammen unter TOP 3.1.9 zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt **über die Änderung der Tagesordnung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

VII. RM Hammer meldet zu den Tagesordnungspunkten

TOP 10.24

Ausschreibung - Rahmenvertrag Catering mit Service
0709/2022

und

TOP 23.1 n.ö.T.

Verkauf von städtischen Grundstücken neben Bonner Str.
1227/2022

Beratungsbedarf an. TOP 23.1 n.ö.T. soll zunächst in der nächsten Sitzung des Liegenschaftsausschusses vorberaten werden.

Der Rat **stimmt** der so geänderten Tagesordnung einstimmig **zu.**

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales
1176/2022

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!"
AN/0749/2022

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Initiative „Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus“"
AN/0897/2022

- 3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Schulanmeldeverfahren gerecht, rechtssicher und zielführend"
AN/0913/2022

- 3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Zugang zu schnellem Internet in Köln – Förderung von Glasfaserausbau und von alternativen Internet-Technologien (z.B. Satelliten, 5G, Richtfunk)"
AN/0891/2022

- 3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Guter ÖPNV braucht mehr Bundes- und Landesunterstützung – Finanzierung einfordern!"
AN/0875/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1005/2022

- 3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Beendigung des Projekts „Muezzinruf“"
AN/0912/2022

- 3.1.6 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Beitritt in das Regionalbündnis Cradle to Cradle"
AN/0529/2022
zurückgestellt

3.1.7 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend "Ein International Welcome Desk für Köln"
AN/0901/2022

3.1.8 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Museumsdirektor*in des NS-Dokumentationszentrums demokratisch benennen"
AN/0896/2022

3.1.9 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Erstellung eines Masterplans Kommunale Sicherheit und eines Masterplans Sauberkeit"
AN/0906/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)
AN/1002/2022

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1004/2022

3.1.10 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Kostenfreie Ferienangebote für Schüler*innen und Auszubildende in den Sommerferien anbieten"
AN/0894/2022

3.1.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Jugendparlament"
AN/0781/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)
AN/1003/2022

3.1.12 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gründung einer Kölner Aktion gegen Vandalismus – Präventionsprogramm auf den Weg bringen"
AN/0813/2022

3.1.13 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Übereignung der Russenhäuser-Platz für Menschen und FC"
AN/0888/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0997/2022

- 3.1.14 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Bedarfsabfrage EC-Lesegeräte im Verkehrsdienst"
AN/0885/2022
- 3.1.15 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Unterstützung Partnerstadt Kattowitz"
AN/0900/2022
- Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION
AN/0979/2022
- 3.1.16 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Stadtlogo - Das kommt nicht immer alles weg!"
AN/0914/2022
- 3.1.17 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Positionierung der Verwaltung zum Vorschlag „Ankauf der Wohnungen auf dem Kölnberg“"
AN/0987/2022
(nicht auf der Tagesordnung – siehe Ziffer V – Seite 4/5)
- 3.1.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "REAL-Markt in Porz-Eil retten!"
AN/0998/2022
(nicht auf der Tagesordnung – siehe Ziffer V - Seite 5)
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Cradle to Cradle"
AN/0590/2022
- Antwort der Verwaltung vom 05.05.2022
0899/2022
- 4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "PV-Potentialflächen an Autobahnen"
AN/0716/2022
- Antwort der Verwaltung vom 04.05.2022
1240/2022
- 4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Zahlungs- und Forderungsabwicklung im Verkehrsdienst"
AN/0886/2022

Antwort der Verwaltung vom 02.05.2022
1400/2022

- 4.4 Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) "Wie geht es weiter mit dem Kalkberg? Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Rats und der Bezirksvertretung Kalk"
AN/0941/2022

Antwort der Verwaltung vom 05.05.2022
1510/2022

- 4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Ausgaben der Stadt Köln für Rechtsanwälte und Medien-Berater"
AN/0953/2022
zurückgestellt

- 4.6 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Erhöhtes Risikomanagement der Stadt Köln - 11.11."
AN/0899/2022

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2022
1456/2022

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

- 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

- 6.1 Satzungen

- 6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
0680/2022

- 6.1.2 Änderung der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln
0918/2022
- 6.1.3 Änderung der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters
0927/2022
- 6.1.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
Neufassung der Betriebssatzung
1201/2022

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

- 7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
0733/2022
- 7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO
 - 7.2.1 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke
0588/2022
- 7.3 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022
1329/2022
- 7.4 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2022
0831/2022
- 7.5 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
1326/2022

7.6 Unterrichtung des Rates über die Anzeige der Gesamtabstchlüsse 2010 und 2018 gem. § 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabstchlüsse NRW
1346/2022

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fahrplanwechsel 2022 - Überarbeitung des Abend- und Nachtverkehrs im Stadtbezirk Porz
0286/2022

10.2 Fahrplanwechsel 2022 - Angebotsausweitung Buslinie SB55/164
0395/2022

10.3 Fahrplanwechsel 2022 - Anbindung Gewerbegebiet Porz-Eil
4246/2021

10.4 Fahrplanwechsel 2022 - Sonntägliche Anbindung des Krankenhauses Hohenlind an Lövenich durch die Linie 136
4460/2021

10.5 Fahrplanwechsel 2022 - Erschließung des Gewerbegebiets Marsdorf sowie Ausweitung der Betriebszeiten der Buslinie 143
4475/2021

10.6 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.07.2022 - 30.06.2024
0333/2022

10.7 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtteil Lindenthal
0400/2022

10.8 METRO-KLIMA-LAB – ein interkommunales Projekt im Bundesprogramm zur "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel", hier: Beschluss über die Mitwirkung und Mittelbereitstellung
0512/2022

10.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines

4/6 zügigen Gymnasiums (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Rondorf
0557/2022

10.10 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
hier: Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2020 - 31.12.2020
0565/2022

10.11 Wirtschaftsplan 2022 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
0721/2022

10.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss
Ebertplatz – Weiterführung der Zwischennutzung
0744/2022

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Die Linke. und FDP
AN/1001/2022

10.13 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2020/2021 des Gürzenich-Orchesters Köln
0924/2022

10.14 Beschaffung und Aufstellung von Modulbauten für Schulen zum Erhalt bestehender und zur Schaffung dringend notwendiger zusätzlicher Schulplätze
3278/2021

10.15 Erweiterter Planungsbeschluss zu Bahnsteiganhebungen an den Stadtbahnhaltestellen Subbelrather Straße/Gürtel und Nußbaumerstraße
3358/2021

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0368/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0962/2022

10.16 Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifachturnhalle und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium, Zusesstraße, Köln-Widdersdorf im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022, Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss
3478/2021

10.17 Anpassung der Umsetzungsanweisung zum Kooperativen Baulandmodell in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.05.2017
4229/2021

10.18 Neubau einer Unterkunft zur öffentlich rechtlichen Unterbringung obdachloser Personen in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7 in 51063 Köln-Mülheim
1037/2021

10.19 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Aufwendungen im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln anlässlich der Eröffnung der Karnevalssession am 11.11. und des Straßenkarnevals
Weiterführung des erhöhten Risikomanagements und der sich daraus ergebenden Maßnahmen ab 11.11.2022 für die Dauer von vier Jahren
0014/2022

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und die Linke.
AN/0994/2022

10.20 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Aufwendungen im Zuge der Bereitstellung von mobilen Sanitärsystemen für die Öffentlichkeit als Teil des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln anlässlich der Eröffnung der Karnevalssession am 11.11., Silvester, dem Straßenkarneval und sonstiger Anlässe.
0910/2022

10.21 Stärkung des Auszugsmanagements
1087/2022

10.22 Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024
Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW
1222/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1000/2022

10.23 Stadtwerke Köln GmbH - Gründung und Beteiligung an der „KLAR GmbH“ (Klärschlammverwertung am Rhein GmbH); Unterbeteiligung der Stadtwerke Bonn GmbH
1273/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0993/2022

10.24 Ausschreibung - Rahmenvertrag Catering mit Service
0709/2022
zurückgestellt

10.25 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1196/2022

10.26 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Köln hier: Bedarfsfeststellung
1316/2022

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 63474/02,
Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486-494 in Köln-Ehrenfeld
0561/2022

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den
Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 664382/02
Arbeitstitel: Bauliche Erweiterung Blaue Funken/ Sachsenturm (Blaue-
Funken-Weg 2) in Köln-Altstadt/Süd
0621/2022

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den
Bebauungsplan-Entwurf Nummer 62460/02
Arbeitstitel: Vitalisstraße/ Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseram-
selweg in Köln-Vogelsang
0661/2022

12.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betref-
fend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 67410/11;
Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg
0679/2022

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini- enplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Be-
reich "Krebelspfad" in Köln-Worringen
0239/2022

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Be-
reich "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen
0240/2022

16.3 280. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4241/2021

16.4 281. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0236/2022

17 Gremienbesetzungen

17.1 Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen in die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln
0139/2022

17.2 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschlag für die Wahl in den Aufsichtsrat
0858/2022

17.3 Berufung von (stellvertretenden) Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln
0882/2022

17.4 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter *innen in der Zweckverbandsversammlung zur Wahl von Dienstkräften im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn
0678/2022

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern"
AN/0992/2022

17.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Neubesetzung von Gremien"
AN/0995/2022

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln
1118/2022

18.2 Nationales Bewerbungsverfahren des Deutschen Fußballbundes e. V. zur Ausrichtung der FIFA Frauenweltmeisterschaft 2027
hier: Unterzeichnung der Teilnahmeerklärung durch die Stadt Köln und die Kölner Sportstätten GmbH
1330/2022

19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

23 Grundstücksangelegenheiten

23.1 Verkauf von städtischen Grundstücken neben Bonner Str.
1227/2022
zurückgestellt

24 Allgemeine Vorlagen

24.1 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Generalinstandsetzung
4188/2021

24.2 RheinEnergie AG
1228/2022

24.3 HGK Shipping GmbH: Erwerb von Gesellschaftsanteilen
1255/2022

24.4 Häfen und Güterverkehr Köln AG: Verkauf einer Beteiligung
1256/2022

24.5 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Gewährung eines Gesellschafterdarlehens
0667/2022

- 25 **Wahlen**
- 26 **Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

I. Öffentlicher Teil

- A Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales
1176/2022**

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Andree Haack zum Beigeordneten für die Dauer von acht Jahren. Als Geschäftskreis wird das Dezernat IX – Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales übertragen. Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises gemäß § 73 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW vor. Es werden Bezüge der Besoldungsgruppe B 8 nach dem Landesbesoldungsgesetz Nordrhein-Westfalen, Anlage 7, gezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Volt und der Oberbürgermeisterin sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., FDP, AfD und Die FRAKTION **zugestimmt.**

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!"
AN/0749/2022**

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Absatz 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen **zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt.**

Anmerkung:

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit **TOP 3.1.2** Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Schulanmeldeverfahren gerecht, rechtssicher und zielführend", AN/0913/2022 behandelt (siehe Ziffer VI – Seite 5).

Herr Beigeordneter Voigtsberger nimmt zu diesem Thema Stellung.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Initiative „Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus““
AN/0897/2022**

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, zu überprüfen und Wege aufzuzeigen, wie dem Anliegen der Initiative „Respekt! “ Rechnung getragen werden und die Botschaft „Für Welt-offenheit und Respekt - gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus!“ im Rahmen der städtischen Öffentlichkeitsarbeit (Kampagnen) zum Ausdruck gebracht werden kann (z. B. am Rathaus und anderen Gebäuden in Form einer entsprechenden Tafel oder Inschrift, an den Bahnen der KVB, ...).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Schulanmeldeverfahren gerecht, rechtssicher und zielführend"
AN/0913/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass das Schulanmeldeverfahren der vergangenen Jahre nicht zielführend war und für erhebliches Durcheinander gesorgt hat. Das verantwortliche Dezernat wird zu einer schriftlichen Stellungnahme und zur Ausarbeitung eines Konzeptes zum zukünftigen Anmeldeverfahren aufgefordert.

Dieses Konzept wird im Ausschuss Schule und Weiterbildung vorgestellt und sollte bis Ende Juni im Stadtrat final abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **abgelehnt**.

Anmerkung:

Der Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit **TOP 1.1** Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betref-

fend "Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!", AN/0749/2022 behandelt (siehe Ziffer VI – Seite 5).

**3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Zugang zu schnellem Internet in Köln – Förderung von Glasfaserausbau und von alternativen Internet-Technologien (z.B. Satelliten, 5G, Richtfunk)"
AN/0891/2022**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. umgehend einen Förderantrag zum Ausbau der sogenannten „Grauen Flecken“ auf Basis der aktuellen Förderrichtlinie beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zu stellen.
2. die Einführung einer Förderung für technische Übergangslösungen für Kölner Haushalte ohne Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs mit mindestens 100 Mbit/s Download-Geschwindigkeit (sogenannte weiße und hellgraue Flecken) zu prüfen und mit einer Kostenschätzung den betreffenden Ausschüssen zur Entscheidung vorzulegen. Wichtige Punkte dabei sind:
 - a. Aufsetzen eines städtischen Förderprogramms, aus dem je betroffenem Haushalt ein Zuschuss beantragt werden kann, der das günstigste am Markt verfügbare Angebot mit geeigneter Staffelung mit dem Ziel eines marktüblichen Grundbeitrags fördert. Dabei soll auch der KölnPass berücksichtigt werden.
 - b. Sofern möglich, sollen die Ausgaben der Stadt über bekannte Förderprogramme des Landes und des Bundes kompensiert werden z.B. über die Förderung alternativer Verlege-Methoden / Technologien wie Satelliten-, 5G-, Richtfunk.
 - c. Diese Förderung soll für begünstigte Haushalte nach der Verfügbarkeit eines regulären Glasfaser-Anschlusses mit mind. 100 Mbit/s maximal bis zur ablaufenden vertraglichen Mindestlaufzeit Bestand haben.
 - d. Die Verfügbarkeit der Förderung wird durch eine Informationskampagne begleitet, sodass die Kölner*innen über die Förderfähigkeit ihres Haushalts informiert werden.

Finanzierung: Für das Jahr 2022 werden benötigte Mittel aus der Produktgruppe 0104 Teilplanzeile 13 (pol. VN) sowie durch mögliche Einsparungen durch Verschiebungen im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung bereitgestellt. Für die weiteren Haushaltsjahre 2023 ff. sind durch geeignete Prioritätensetzung innerhalb der Produktgruppe 0104 entsprechende Umschichtungen zu prüfen und sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Guter ÖPNV braucht mehr Bundes- und Landesunterstützung – Finanzierung einfordern!"
AN/0875/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1005/2022**

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird wie folgt ersetzt:

1. Die Verwaltung wird gebeten, sich in den zuständigen Gremien in Land und Bund (Zweckverbandsversammlung VRS, Deutscher Städtetag, neu auch im für Kommunen geöffneten VDV etc.) für zusätzliche (kommunale) Finanzierungsquellen für den öffentlichen Personennahverkehr stark zu machen. Die KVB wird gebeten, hierbei unterstützend in den für sie zuständigen Gremien tätig zu werden (VRS, VDV, etc.)
2. Die Verwaltung wird gebeten, auch weiterhin den umfangreichen Abruf von ÖPNV- Fördermitteln sicherzustellen und ggf. zu optimieren.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a. Gemeinsam mit dem Bund durch Entbürokratisierung und Anpassung die Förderbedingungen und –strukturen kurzfristig so weiterzuentwickeln, dass diese den Anforderungen noch besser entsprechen.
 - b. Eine ausreichende Personalausstattung bei den Genehmigungsbehörden zu schaffen, um die Verfahrenszeiten zu verbessern.
4. Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Bundesregierung, die Kosten für das sog. „9- Euro-Ticket“ komplett vollständig zu übernehmen. Sollte dieses Angebot die gewünschte Verlagerung zu mehr Nachfrage im ÖPNV haben, ist eine dauerhafte Regelung zu finden, wie zukünftig eine ausreichende Finanzierung des kommunalen ÖPNV aus Fahrgeldeinnahmen und Steuermitteln langfristig sichergestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag der SPD-Fraktion hat sich somit **erledigt**.

**3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Beendigung des Projekts „Muezzinruf“"
AN/0912/2022**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf, das Projekt „Muezzinruf“ mit sofortiger Wirkung zu beenden.

2. Alle bereits erteilten Genehmigungen zur Durchführung eines Muezzinrufs an Moscheegemeinden sind ebenfalls mit sofortiger Wirkung zu widerrufen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert einen öffentlichen Abschlussbericht über ihre Aktivitäten in Zusammenhang mit dem Muezzinruf aufzuführen. Dieser soll insbesondere die folgenden Fragen:
 - a. Welche Moscheegemeinden haben Anträge gestellt?
 - b. Welche Kosten sind der Stadt entstanden? Das umfasst auch den Personalaufwand.
 - c. Die zugrundeliegenden Prüfungskriterien sowie die Art und Weise der Antragsbearbeitung durch die Verwaltung.
 - d. Eine Stellungnahme über mögliche Anweisungen und Einlassungen von der Kommunalaufsicht und der Landesregierung selbst.

Welche Art von Einflussnahme es durch fremde Länder gegeben hat?

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **abgelehnt**.

3.1.6 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Beitritt in das Regionalbündnis Cradle to Cradle" AN/0529/2022

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (siehe Ziffer III – Seite 4).

3.1.7 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend "Ein International Welcome Desk für Köln" AN/0901/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Errichtung eines International Welcome Desk in Köln zu erstellen. Das Konzept soll nach der Sommerpause dem Rat spätestens bis zum 08.09.2022 vorgelegt werden.

Folgende Aspekte sollen bei der Konzeptionierung berücksichtigt werden:

1. Der International Welcome Desk soll als zentrale Anlaufstelle für Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland – unabhängig davon, ob es sich um Zuwander*innen aus Drittstaaten oder der Europäischen Union handelt – fungieren.
2. Die KölnBusiness GmbH als Wirtschaftsförderung der Stadt Köln soll maßgeblich bei der Konzeptionierung beteiligt sein. Zusätzlich soll ein starker Austausch mit weiteren relevanten Akteuren und Organisationen hergestellt werden.
3. Der International Welcome Desk soll analoge und digitale Beratungsangebote anbieten.

4. Konzeptionierung eines Internetauftrittes, der alle relevanten Informationen, Netzwerke sowie Institutionen, einschließlich der zuständigen Ämter und Behörden, bündelt. Der Internetauftritt soll in mehreren Sprachen abrufbar sein. Es soll geprüft werden, inwiefern eine entsprechende Social-Media-Präsenz sinnvoll ist.
5. Mitarbeitende sollen interkulturelle Kompetenzen sowie Mehrsprachigkeit als Kernfähigkeiten aufweisen.
6. Eine Integration in bestehende Strukturen – insbesondere der Integration von Geflüchteten in den Kölner Arbeitsmarkt – muss gewährleistet sein. Um Parallelstrukturen zu vermeiden, sind die bestehenden städtischen Angebote zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

**3.1.8 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Museumsdirektor*in des NS-Dokumentationszentrums demokratisch benennen"
AN/0896/2022**

Die Angelegenheit ist **erledigt.**

Anmerkung:

RM Helmig erklärt nach einer Sitzungsunterbrechung (von 19:40 – 19:45 Uhr) den Antrag aufgrund der Stellungnahmen in dieser Ratssitzung und in der Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur am 03.05.2022 für erledigt.

**3.1.9 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Erstellung eines Masterplans Kommunale Sicherheit und eines Masterplans Sauberkeit"
AN/0906/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)
AN/1002/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1004/2022**

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

Beschluss:

Der vorliegende Beschlussantrag wird ersetzt durch folgenden Beschluss.

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zwei Status-Quo-Berichte zu erstellen, die jeweils die Situation in Bezug auf die Sicherheit sowie die Sauberkeit in der Stadt darstellen. Dabei sollen derzeit laufende und evtl. geplante Maßnahmen bezüglich der Sauberkeit und Sicherheit beschrieben und nach ihrer Wirkung bewertet werden. Außerdem sollen die Kosten der einzelnen Maßnahmen zur besseren Vergleichbarkeit aufgeschlüsselt werden.

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit sollen nur Teil des Status-Quo-Berichts sein, wenn sie kommunal zu verantworten sind oder mit kommunaler Beteiligung durchgeführt werden.

2. Zur Erstellung der beiden Status-Quo-Berichte sollen alle beteiligten Stellen der Kölner Stadtverwaltung mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen herangezogen werden. Insbesondere das Sozialamt, die Jugendverwaltung und das Gesundheitsamt müssen ihren Blickwinkel miteinbringen. Auch die Sichtweise der städtischen Unternehmen muss in geeigneter Form in die Status-Quo-Berichte einfließen.
3. Beide Status-Quo-Berichte dürfen nicht nur die Situation in der Innenstadt betrachten. Vielmehr sollen auch Aussagen über Maßnahmen in den Stadtteilen getroffen werden und der hierzu notwendige Finanzierungsaufwand für die einzelnen Stadtteile dargestellt werden.
4. Beide Status-Quo-Berichte werden jeweils nach Endabstimmung in der Verwaltung den betroffenen Ausschüssen zur Verfügung gestellt und beraten. Erst nach der Beratung entscheidet der Rat, welche Maßnahmen weitergeführt und welche ergänzt werden und auf welches Gebiet sie sich jeweils erstrecken sollen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION **abgelehnt.**

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt und geändert:

Nach Punkt drei wird ein neuer Punkt vier eingefügt:

4. Die Verwaltung benennt jeweils eine verantwortliche Stelle innerhalb der Stadtverwaltung, die die entsprechenden Prozesse und Maßnahmen koordiniert und stringent weiterverfolgt.
5. Die beiden Masterpläne sollen unterteilt werden in kleinere, kurzfristig umsetzbare Maßnahmen und solche, die einer detaillierten Planung bedürfen. Schnittstellen zwischen den beiden Masterplänen werden jeweils dargestellt. *In Zusammenarbeit mit den neun Bezirksvertretungen sollen prioritär die Bereiche des Stadtgebiets untersucht werden, in denen die Bezirksvertretungen besonderen Bedarf erkennen. Dabei sollen wiederum besondere Schwerpunkte bei den Plätzen und Parks, beim Nahverkehr und vor allen bei den sogenannten Angsträumen gebildet werden.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die FRAKTION **abgelehnt**.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Masterplan Kommunale Sicherheit sowie einen Masterplan Sauberkeit in der Stadt Köln zu erstellen.

1. Zunächst soll im Laufe des Jahres 2022 jeweils ein Status-Quo-Bericht mit den derzeitigen und geplanten Maßnahmen zum Thema Kommunale Sicherheit und Sauberkeit in Köln erstellt werden. Der Status-Quo-Bericht Kommunale Sicherheit wird dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales sowie dem Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren, dem Ausschuss Stadtentwicklung und dem Integrationsrat vorgelegt. Der Status-Quo-Bericht Sauberkeit wird dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales sowie dem Ausschuss Klima, Umwelt und Grün vorgelegt.
2. Es wird ein mit externer Expertise begleitetes Verfahren zur Erstellung des Masterplans Kommunale Sicherheit gestartet. Dabei werden die relevanten Stakeholder wie z.B. Zentrum für Kriminalprävention, Ordnungsamt, Gesundheitsamt, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren inkl. Akteure Streetwork, Stadtplanung, Polizei/Bundespolizei, Feuerwehr, KVB, Deutsche Bahn, Inklusionsbeauftragte, Stabsstelle Diversity, freie Träger der Jugendhilfe und zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine wie z.B. Sozialdienst katholischer Männer und Sozialdienst katholischer Frauen, Datenschutzvereine eingebunden. Darüber hinaus sollen auch Erfahrungen aus dem interkommunalen Austausch einfließen sowie Netzwerke aufgebaut werden.
3. Es wird ein mit externer Expertise begleitetes Verfahren zur Erstellung des Masterplans Sauberkeit gestartet. Dabei werden die relevanten Stakeholder wie z.B. RheinEnergie, AWB, AVG, Deutsche Bahn, zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereinen wie z.B. Krake e.V. eingebunden. Bereits erarbeitete Maßnahmen und Erkenntnisse aus dem Ratsantrag (AN/0942/2021) zum Zero-Waste-Konzept werden beim Masterplan Sauberkeit berücksichtigt. Das bestehende Konzept für das Aufstellen von öffentlichen Toiletten wird konsequent umgesetzt.
4. Die beiden Masterpläne sollen unterteilt werden in kleinere, kurzfristig umsetzbare Maßnahmen und solche, die einer detaillierten Planung bedürfen. Schnittstellen zwischen den beiden Masterplänen werden jeweils dargestellt. Prioritär sollen urbane Zentren in der Innenstadt und den Stadtteilen, wie Plätze, Parks (in Abstimmung mit dem Umweltamt/Grünflächenamt), der Nahverkehr und sogenannte Angsträume untersucht werden.
5. Neben der Hinzuziehung einer externen fachlichen Beratungsfirma/Institut sollen Bürger*innen, hier auch insbesondere Kinder und Jugendliche, durch entsprechende Präsenz- und Online-Formate der Öffentlichkeitsbeteiligung an der Erstellung der beiden Masterpläne beteiligt werden.
6. Der Masterplan Kommunale Sicherheit wird dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vorgelegt sowie zur Beratung dem Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren, dem Ausschuss Stadtentwicklung und dem Integrationsrat. Der Masterplan Sauberkeit wird dem Ausschuss Rechts-

fragen/Vergabe/Internationales vorgelegt sowie zur Beratung dem Ausschuss Klima, Umwelt und Grün vorgelegt. Beide Masterpläne sollen bis spätestens im III. Quartal 2023 abgeschlossen sein.

7. Finanzierung 2022: 350.000 Euro konsumtiv für die Erstellung der Masterpläne durch politischen Veränderungsnachweis und 300.000 Euro investiv zur Umsetzung erster Maßnahmen gemäß AN/2094/2021.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., AfD und Die FRAKTION sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung mit **TOP 3.1.12** Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gründung einer Kölner Aktion gegen Vandalismus – Präventionsprogramm auf den Weg bringen", AN/0813/2022 (siehe Ziffer VI – Seite 5/6).

3.1.10 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend "Kostenfreie Ferienangebote für Schüler*innen und Auszubildende in den Sommerferien anbieten" AN/0894/2022

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die kostenlosen Freizeit- und Sportangebote „Kölle aktiv“ von der Stadt und den Kölner Sportvereinen. Darüber hinaus gibt es kostenlose Bildungsangebote des Landschaftsverbandes Rheinland in der Region und der städtischen Tochterfirmen. Es gibt weiterhin kostenlosen Eintritt für Unter-18-Jährige in den Städtischen Museen.
Der Rat der Stadt Köln begrüßt auch Freizeit- und Bildungsangebote von privaten Akteuren.
2. Daran anknüpfend beschließt der Rat für die Sommerferien 2022, auf dem Stadtgebiet Köln ein kostenloses Ferienticket für alle Schüler*innen und Auszubildenden einzuführen, und bittet die Verwaltung und die Stadtwerke Köln GmbH, diese Beschlüsse rechtzeitig umzusetzen.
3. Neben der Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs werden folgende Angebote während der Sommerferien 2022 kostenfrei angeboten:
 - die Nutzung der städtischen Schwimmbäder und dem Waldbad Köln-Dünnwald
 - die Inanspruchnahme von Freizeitangeboten der Jugendzentren Köln gGmbH und der Träger der freien Jugendhilfe
 - den Eintritt in den Zoo
 - die Inanspruchnahme von VHS-Angeboten
 - die Nutzung von Angeboten des Museumsdienstes

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und Die FRAKTION **abgelehnt.**

Anmerkung:

RM Philippi nimmt nicht an der Abstimmung teil.

**3.1.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Jugendparlament"
AN/0781/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)
AN/1003/2022**

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)

Beschluss:

Es sollen ein gemeinsames Konzept und Verständnis für den Bereich der Partizipation in der Stadt Köln (kommunalpolitische Ebene) erarbeitet werden, welches Jugendpartizipation als festen Bestandteil der Kölner Kommunalpolitik verankert und verstetigt.

Jugendparlamente auf der Stadt- oder Bezirksebene können dabei ein Beteiligungsformat sein, daher wollen wir dieses Modell auch ergebnisoffen und ausführlich diskutieren.

Bei der Erarbeitung des Konzepts wird aktiv die Unterstützung der Fachstelle für Eigenständige Jugendpolitik und Partizipation des LVR bei der Erarbeitung angefragt.

Dieses Konzept ist dem Jugendhilfeausschuss, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden, und dem Rat der Stadt Köln zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Erfahrungen mit bereits etablierten Beteiligungsformaten wie zum Beispiel den Jugendforen, der Spielplatzplanung sowie den Partizipationsansätzen aus den Bezirksvertretungen und dem zweiten Aktionsplan "Kinderfreundliche Kommune" (Mülheim-Check) sind dabei ebenso auszuwerten und zu berücksichtigen, wie die Erfahrungen mit Jugendparlamenten in anderen großen Städten.

Besonderer Wert ist darauf zu legen, dass gerade Kinder und Jugendliche, die bisher keine oder wenig Erfahrung haben, ihre Interessen einzubringen oder hieran gehindert werden (z.B. durch Sprach- oder auch soziale Barrieren oder auch Behinderungen), sich gleichermaßen beteiligen können.

Hierfür soll die Stadt Köln im 2. Halbjahr 2022 zu einem Fachtag einladen. Zielsetzung soll sein, hier unterschiedliche Meinungen und Ansätze von Kindern und Jugendlichen, Politik und freien Trägern ergebnisoffen zu diskutieren und die Grundlage für das Konzept partizipativ zu erarbeiten. Hierbei soll es auch einen wissenschaftlichen Beitrag bzgl. der Wirksamkeit von Jugendparlamenten in deutschen Großstädten und anderen Ländern (z.B. Schottland) geben.

Die Bezirksschüler*innenvertretung und der Kölner Jugendring e.V. sind aktiv in die Fachtagplanung einzubeziehen. Für die Teilnahme am Fachtag ist insbesondere in den bestehenden Jugendforen und partizipationserfahrenen Einrichtungen wie z.B. dem Lino-Club zu werben. Alle im Hauptausschuss vertretenen Fraktionen sind einzuladen.

Eine wissenschaftliche Evaluation der Wirksamkeit des Konzepts ist vorzusehen.

Die Finanzierung der Fachtagung i. H. v. 15.000 € soll aus der Landschaftsumlage entnommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag der FDP-Fraktion hat sich somit **erledigt**.

3.1.12 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gründung einer Kölner Aktion gegen Vandalismus – Präventionsprogramm auf den Weg bringen" AN/0813/2022

Beschluss:

1. Der Kriminalpräventive Rat (KPR) wird kurzfristig einberufen, um mit den relevanten Akteur*innen (KVB, Polizei, Ordnungsamt, betroffene Schulen, Jugendzentren, Streetworker*innen, Jugendsozialarbeiter*innen, Präventionsträger*innen, Verwaltung, Politik usw.) so schnell wie möglich erste Maßnahmen gegen den zurzeit stark grassierenden Vandalismus an Schulen und gegen Busse, Bahnen, Elektrokleinstfahrzeuge sowie Fahrräder in die Wege zu leiten.
2. Der KPR richtet einen themenbezogenen Fachkreis zur Vandalismusprävention in unserer Stadt ein.
3. Angelehnt an die Kölner Anti-Spray Aktion wird in Köln eine Anti-Vandalismus-Aktion gegründet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung mit **TOP 3.1.9** Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Erstellung eines Masterplans Kommunale Sicherheit und eines Masterplans Sauberkeit, AN/0906/2022 (siehe Ziffer VI – Seite 5/6).

3.1.13 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Übereignung der Russenhäuser-Platz für Menschen und FC" AN/0888/2022

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0997/2022**

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke. in der mündlich geänderten Fassung

Beschluss:

Der Rat möge anstelle des ursprünglichen Textes beschließen:

Die Verwaltung wird darum gebeten, die Nutzung der sich im Besitz des russischen Staates befindlichen Häusern, gemeinsam mit den zuständigen Landes- und Bundesministerien, näher zu erörtern.

Die Häuser, *sofern die Bausubstanz dies nicht zulässt, die Grundstücke*, sollten schnellstmöglich einer Nutzung zugeführt werden, die den Bedarfen der Allgemeinheit entspricht. Es können dort Geflüchtete, sowie Menschen ohne festen Wohnsitz, Unterkunft finden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION **abgelehnt**.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag

Beschluss:

1. Der Rat beschließt, den Prozess der Übereignung der Liegenschaften der sogenannten Russenhäuser im Stadtbezirk Lindenthal (Lage: Viereck Luxemburger Straße/Militärring/Berrenrather Straße/Friedrich-Engels-Straße) in städtisches Eigentum (Köln) voranzutreiben und den Rat und die Fachausschüsse über die Zwischenergebnisse und Entscheidungen der Bestrebungen und Verhandlungen zeitnah öffentlich zu informieren.
2. Der Rat beschließt die Erhaltung und Grundsanierung des in der Vergangenheit bereits als Unterkunft für bedürftige Menschen genutzten Gebäudes (Lage Berrenrather Straße) und den Abriss der beiden südlich-östlich gelegenen Gebäude.
3. Der Rat beschließt, die durch den Abriss der beiden Gebäude verfügbare Teilfläche als Trainingsgelände dem Ballsportclub des 1.FC Köln auf Erbpachtbasis zur Verfügung zu stellen und damit ein für alle Mal das Thema Gleueler Wiesen, Bocklemünd und Marsdorf abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION **abgelehnt**.

**3.1.14 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Bedarfsabfrage EC-Lesegeräte im Verkehrsdienst"
AN/0885/2022**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verwiesen** (siehe Ziffer III – Seite 4).

**3.1.15 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Unterstützung Partnerstadt Kattowitz"
AN/0900/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION
AN/0979/2022**

Abstimmung über den Antrag mit der Ergänzung des Änderungsantrags in Ziffer 1

Beschluss:

1. Der Partnerstadt Kattowitz wird zur Unterstützung der Aufnahme und Versorgung ukrainischer Geflüchteter ein Beitrag in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dazu werden Mittel verwendet, die zur Pflege und Vertiefung der Städtepartnerschaft mit Wolgograd vorgesehen waren. *Die Mittel für die medizinisch-soziale Betreuung ehemaliger Zwangsarbeitender bleiben davon unberührt.*
2. Der Restbetrag wird aus dem Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben - aus der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entnommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION **abgelehnt.**

**3.1.16 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Stadtlogo - Das kommt nicht immer alles weg!"
AN/0914/2022**

Beschluss:

1. Die Anwendung des modernisierten Markenauftritts, wie in Vorlage Nr. 0886/2022 angekündigt und im Hauptausschuss am 15.03.2022 vorgestellt, wird ausgesetzt.
2. Sämtliche von der Stadt Köln und von Beteiligungsunternehmen usw. der Stadt Köln verwendeten Logos sollen in einer Übersicht zusammengetragen und ihre Verwendung dargestellt werden.
3. Auf Grundlage der nach 2. erstellten Übersicht trifft der Rat der Stadt Köln eine Entscheidung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die FRAKTION **abgelehnt.**

**3.1.17 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Positionierung der Verwaltung zum Vorschlag „Ankauf der Wohnungen auf dem Kölnberg“"
AN/0987/2022**

Die Angelegenheit wurde nicht in die Tagesordnung des Rates aufgenommen (siehe Ziffer V – Seite 4/5).

**3.1.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend
"REAL-Markt in Porz-Eil retten!"
AN/0998/2022**

Die Angelegenheit wurde nicht in die Tagesordnung des Rates aufgenommen (siehe Ziffer V - Seite 5).

**3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß
§ 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-
vertretungen**

**4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Cradle to Cradle"
AN/0590/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 05.05.2022
0899/2022**

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "PV-Potentialflächen an Autobah-
nen"
AN/0716/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 04.05.2022
1240/2022**

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Zahlungs- und Forde-
rungsabwicklung im Verkehrsdienst"
AN/0886/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 02.05.2022
1400/2022**

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung:

RM Syndicus meldet schriftliche Nachfragen an, die schriftlich beantwortet werden.

- 4.4** **Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) "Wie geht es weiter mit dem Kalkberg? Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Rats und der Bezirksvertretung Kalk"**
AN/0941/2022

Antwort der Verwaltung vom 05.05.2022
1510/2022

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung:

RM Kockerbeck meldet schriftliche Nachfragen an, die schriftlich beantwortet werden.

- 4.5** **Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Ausgaben der Stadt Köln für Rechtsanwälte und Medien-Berater"**
AN/0953/2022

Die Angelegenheit wurde **zurückgestellt**.

- 4.6** **Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Erhöhtes Risikomanagement der Stadt Köln - 11.11."**
AN/0899/2022

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2022
1456/2022

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

5 **Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**

- 5.1** **Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 5.2** **Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 5.3** **Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 5.4** **Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

6 **Ortsrecht**

6.1 Satzungen

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung 0680/2022

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 05.05.2022 (Anlage 10):

Der Rat beschließt den Erlass der 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13. Februar 1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlagen 1 und 2 beigefügten Fassung.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Erteilung der Sondernutzungserlaubnisse, der geplanten Ausschreibung für E-Scooter und der nächsten Novelle der Sondernutzungssatzung die Forderungen der Stadt-AG Behindertenpolitik entsprechend einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion **zugestimmt.**

6.1.2 Änderung der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln 0918/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

6.1.3 Änderung der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters 0927/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Betriebssatzung für das Gürzenich-Orchester Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

6.1.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln Neufassung der Betriebssatzung 1201/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der Betriebssatzung der Stadt Köln für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln gemäß der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21 0733/2022

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 Komm-HVO

7.2.1 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke 0588/2022

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 1329/2022

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.4 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2022 0831/2022

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.5 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
1326/2022**

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.6 Unterrichtung des Rates über die Anzeige der Gesamtabchlüsse 2010 und 2018 gem. § 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabchlüsse NRW
1346/2022**

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Fahrplanwechsel 2022 - Überarbeitung des Abend- und Nachtverkehrs im Stadtbezirk Porz
0286/2022**

Beschluss:

1. Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung dargelegten Maßnahmen zum Busangebot im Abendverkehr der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) im Stadtbezirk Porz aus. Die Umsetzung erfolgt zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit den Angebotserweiterungen im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen. Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. 14.000 Euro für 2022, 295.000 Euro für 2023, 290.000 Euro für 2024, 290.000 Euro für 2025 sowie 290.000 Euro für 2026 ff wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen. Unter sonst gleichen Bedingungen wird dies zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen.

Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastungen wird jeweils um ein Jahr verzögert und damit auf die Jahre 2023-2027 prognostiziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.2 Fahrplanwechsel 2022 - Angebotsausweitung Buslinie SB55/164 0395/2022

Beschluss:

1. Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung dargelegten Maßnahmen zur Ausweitung des Angebots auf der Buslinie SB55/164 der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)/Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH (RSVG) im Stadtbezirk Porz aus. Die Umsetzung erfolgt zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit den Angebotserweiterungen im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen. Der zusätzlich entstehende Verlust der KVB i. H. v. 10.000 Euro für 2022, 120.000 Euro für 2023, 120.000 Euro für 2024, 120.000 Euro für 2025 sowie 120.000 Euro für 2026 ff wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen. Unter sonst gleichen Bedingungen wird dies zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen.

Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastungen wird jeweils um ein Jahr verzögert und damit auf die Jahre 2023-2027 ff prognostiziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.3 Fahrplanwechsel 2022 - Anbindung Gewerbegebiet Porz-Eil 4246/2021

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 05.05.2022 (Anlage 3):

Der Rat spricht sich auf Basis der im 4. Abschnitt dargestellten Begründung gegen eine zusätzliche ÖPNV-Anbindung des Gewerbegebiets Porz-Eil zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2022 aus. Die Verwaltung wird gebeten, unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der neu einzurichtenden Anbindung des GE Marsdorf eine aktualisierte Prüfung in ca. 2 Jahren vorzunehmen.

Darüber hinaus wird die KVB nach Evaluierung des bereits vorhandenen On-Demand-Angebotes nach der Pilotphase, eine Ausweitung der Betriebszeiten und/oder -räume prüfen und ggf. anpassen.

Die Gewerbetreibenden sollen gezielt angefragt werden, ob sie den Bedarf einer Fahrzeiterweiterung unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

10.4 Fahrplanwechsel 2022 - Sonntägliche Anbindung des Krankenhauses Hohenlind an Lövenich durch die Linie 136 4460/2021

Beschluss:

1. Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung dargelegten sonntäglichen Anbindung des Krankenhauses Hohenlind an die Stadtteile Junkersdorf, Weiden und Lövenich durch die Buslinie 136 und die damit verbundenen Anpassungen der Buslinie 143 und 148 aus. Die Umsetzung erfolgt zeitgleich mit der bereits beschlossenen Verlängerung der Linie 136 mit der Eröffnung des Gymnasiums in Lövenich, voraussichtlich nach den Sommerferien 2022.

Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Corona-Pandemie zeitgerecht durchführen lassen.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) die Fahrgastentwicklung in den zwei Jahren ab dem Umsetzungszeitpunkt kontinuierlich zu beobachten.

Sofern der durchschnittliche Besetzungsgrad in diesen zwei Jahren weniger als 5 Fahrgäste pro Fahrt auf dem Linienabschnitt zwischen Lövenich und Hohenlind beträgt, sollte das Angebot modifiziert, gegebenenfalls wieder eingestellt werden. Die Verwaltung wird den politischen Gremien in diesem Fall einen Vorschlag zur Beschlussfassung vorlegen.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit den Angebotserweiterungen im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen. Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. 21.000 Euro für 2022 und 50.000 Euro für 2023 ff wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen. Unter sonst gleichen Bedingungen wird dies zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastungen wird jeweils um ein Jahr verzögert und damit auf die Jahre 2023 und 2024 ff prognostiziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.5 Fahrplanwechsel 2022 - Erschließung des Gewerbegebiets Marsdorf sowie Ausweitung der Betriebszeiten der Buslinie 143 4475/2021

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit der Erschließung des Gewerbegebiets Marsdorf gemäß des in Vorlage 0540/2021 dargestellten Buskonzeptes nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen, auch falls eine Mitfinanzierung durch die ansässigen Unter-

nehmen nicht erreicht wird. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich im August 2022.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der KVB die Fahrgastentwicklung in den zwei Jahren ab dem Umsetzungszeitpunkt kontinuierlich zu beobachten. Sofern der durchschnittliche Besetzungsgrad in diesen zwei Jahren weniger als 10 Fahrgäste pro Fahrt auf dem Linienabschnitt zwischen Junkersdorf und Marsdorf beträgt, sollte das Angebot modifiziert, gegebenenfalls wieder eingestellt werden. Die Verwaltung wird den politischen Gremien in diesem Fall einen Vorschlag zur Beschlussfassung vorlegen.
3. Der Rat spricht sich darüber hinaus für die Umsetzung der in der Begründung dargelegten Ausweitung der Betriebszeiten der Buslinie 143 und den damit verbundenen Anpassungen der Buslinien 136 und 148 aus. Die Umsetzung erfolgt zeitgleich mit der oben genannten Verlängerung der Buslinie 143 nach Marsdorf, voraussichtlich im August 2022.

Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Corona-Pandemie zeitgerecht durchführen lassen.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit der Ausweitung der Betriebszeiten der Buslinie 143 nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen. Der aus beiden Maßnahmen entstehende zusätzliche Verlust der KVB i. H. v. 21.000 Euro für 2022 und 50.000 Euro für 2023 ff wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen. Unter sonst gleichen Bedingungen wird dies zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastungen wird jeweils um ein Jahr verzögert und damit auf die Jahre 2023 und 2024 ff prognostiziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.6 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.07.2022 - 30.06.2024 0333/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.07.2022 - 30.06.2024 und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.

Die Fortführung der Regionalagentur Region Köln erfolgt vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln sowie der beteiligten Kreise und der Stadt Leverkusen.

Im Hpl. 2022 und der ihm beigefügten Mittelfristplanung sind im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen – und 6 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen –

sowie die Aufwendungen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen - , 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – und 16 – sonstigen ordentliche Aufwendungen – veranschlagt; für die Jahre 2023 und 2024 vorbehaltlich des Inkrafttretens der jeweiligen Haushaltssatzung. Für die Haushaltsjahre 2023 ff. wird das Dezernat Soziales, Gesundheit und Wohnen im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.7 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtteil Lindenthal
0400/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt – vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschuss für Schule und Weiterbildung -, dass für den Neubau einer Grundschule im Stadtteil Lindenthal ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück zu finden. Dieses sollte sich zwischen Militärring, Dürener Straße, Gürtel und Gleueler Straße befinden (Stadtquartier Hohenlind, Deckstein, Teilbereiche von Neu-Lindenthal).

Das Grundstück muss für die Unterbringung einer Grundschule (3 Züge Primarstufe) und einer Zweifachsporthalle geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau einer 3-zügigen Grundschule mit Zweifachsporthalle im Stadtteil Lindenthal.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen. Nach Errichtung der Grundschule soll das Objekt einschließlich Grundstück langfristig angemietet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt**.

**10.8 METRO-KLIMA-LAB – ein interkommunales Projekt im Bundesprogramm zur "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel", hier: Beschluss über die Mitwirkung und Mittelbereitstellung
0512/2022**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. die Mitwirkung der Stadt Köln am interkommunalen Projekt METRO-KLIMA-LAB – ein Projekt im Bundesprogramm zur "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel" – als gleichberechtigte Projektpartnerin neben den Städten Niederkassel und Troisdorf sowie dem Rhein-Sieg-Kreis und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zu schließen.
Die organisatorische und finanztechnische Projektabwicklung gegenüber dem Fördermittelgeber übernimmt die Stadt Niederkassel.
2. die Bereitstellung der als Projektpartner anteilig zu leistenden Eigenmittel in Höhe von maximal insgesamt 9.000 € über die Projektlaufzeit (voraussichtlich 2022-2024) vorbehaltlich der Bewilligung durch den Fördermittelgeber.
3. beauftragt die Verwaltung, über die Projektergebnisse zu gegebener Zeit zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**10.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines 4/6 zügigen Gymnasiums (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Rondorf
0557/2022**

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft (Anlage2):

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau eines Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Rondorf zu finden. Das Grundstück muss *mindestens* für die Unterbringung eines 4/6 zügigen Gymnasiums sowie einer Sporthalle mit vier Sportübungseinheiten geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau eines *mindestens* 4/6-zügigen Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen. Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen. *Im Verfahren wird die Möglichkeit geprüft ggfls. ein 5-7-zügiges Gymnasium zu realisieren.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die Linke. **zugestimmt**.

**10.10 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
hier: Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2020 - 31.12.2020
0565/2022**

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 07.01.2022 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft dhpG Dr. Harzem & Partner mbB, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2020 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2020 bis 31.12.2020 fest.

Der Jahresfehlbetrag des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2020 in Höhe von 297.008,35 € wird unter Einschluss des Gewinnvortrags in Höhe von 973.907,53 € auf neue Rechnung vorgetragen.

2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
3. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.11 Wirtschaftsplan 2022 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0721/2022

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Abs. 1 Buchst. b der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 Buchst. b der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022 in der beigegeführten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss Ebertplatz – Weiterführung der Zwischennutzung 0744/2022

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Die Linke. und FDP
AN/1001/2022**

**Mündlicher Änderungsantrag von RM Schneeloch und RM de
Bellis-Olinger**

- I. **Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Die Linke. und FDP**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Punkt 4 der Beschlussvorlage wird wie folgt ersetzt:

4. Der Rat beschließt eine erneute Umsetzung einer Eisbahn als Bestandteil des (sozio-)kulturellen Winterprogramms auf dem Ebertplatz.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Volt und Die FRAKTION zugestimmt.

II. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag von RM Schneeloch und RM de Bellis-Olinger (Ergänzung um Ziffer 5 und 6 des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt vom 07.04.2022, Anlage 4)

Beschluss:

Die Vorlage wird um folgende Punkte ergänzt:

5. Die Akteur*innen der Zwischennutzung sollen in die Entwicklung von Kriterien für das Platzraummanagement und die inhaltliche Beurteilung der Bewerbungen im Auswahlverfahren einbezogen werden.
6. Es soll geprüft werden, wie der Lagerraum der Stadt Köln (Projektraum) wieder langfristig für eine Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

III. Abstimmung über die so geänderte Beschlussvorlage

Beschluss:

Der Rat

1. beauftragt die Verwaltung, die Weiterführung der Zwischennutzung des Ebertplatzes an ein externes Platzmanagement zu vergeben. Aufgabe des Platzmanagements ist es, das Platzprogramm gemeinsam mit den Zwischennutzer*innen inklusive der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit fortzuführen.
2. erkennt den Gesamtbedarf i.H.v. 1.016.000 Euro für eine Projektlaufzeit von zwei Jahren (III/IV/22 und III/24) zur Umsetzung des Punktes 1 an.
3. beschließt für die Umsetzung von künstlerischen Interventionen am Ebertplatz die Freigabe für die Maßnahme „Ebertplatz – Weiterentwicklung Interimskonzept“ in Höhe von 25.000 Euro sowie die haushaltsneutrale Umschichtung von 25.000 Euro innerhalb des Teilplans 0416 – Kulturförderung aus der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen in die Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2022.
4. Der Rat beschließt eine erneute Umsetzung einer Eisbahn als Bestandteil des (sozio-)kulturellen Winterprogramms auf dem Ebertplatz.
5. Die Akteur*innen der Zwischennutzung sollen in die Entwicklung von Kriterien für das Platzraummanagement und die inhaltliche Beurteilung der Bewerbungen im Auswahlverfahren einbezogen werden.

6. Es soll geprüft werden, wie der Lagerraum der Stadt Köln (Projektraum) wieder langfristig für eine Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.13 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2020/2021 des Gürzenich-Orchesters Köln
0924/2022**

Beschluss:

1. Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 25.02.22 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG versehene Jahresabschluss zum 31.8.2021 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2020 bis 31.8.2021 festgestellt.
2. Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2020 bis zum 31.8.2021 in Höhe von EUR 6.170.651,49, der sich aus dem Jahresüberschuss 2020/2021 in Höhe von EUR 3.060.881,15 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 3.105.770,34 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 4.000,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.14 Beschaffung und Aufstellung von Modulbauten für Schulen zum Erhalt bestehender und zur Schaffung dringend notwendiger zusätzlicher Schulplätze
3278/2021**

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, an den in Anlage 1 beschriebenen Standorten die vorhandenen als temporäre Modul- und Fertigbauten errichteten Schulgebäude, durch langfristig nutzbare Modulbauten mit einer Investitionssumme von rund 105,1 Mio. Euro zu ersetzen und diese soweit notwendig und möglich zur Schaffung zusätzlichen Schulraums auszubauen.

Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis, FVP) ab 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand erforderlich, die sich für die Modulbauten auf Grundlage der bei der Berechnung des FVP üblichen Annahmen (zum Beispiel Instandhaltungsansatz gemäß Empfehlung der KGSt) bei einer In-

vestitionssumme von rund 105,1 Mio. Euro brutto und einer Nutzung über circa 50 Jahre auf jährlich rund 4,32 Mio. Euro brutto beläuft.

Sie betrifft neben der Mietbelastung (rund 3,96 Mio. Euro jährlich) auch die Nebenkosten inklusive der Kosten für Reinigung (rund 360.000 Euro).

2. Der Rat beschließt ferner die Einrichtung und Ausstattung der Modulbauten. Die Einrichtungskosten liegen voraussichtlich bei insgesamt rund 4,61 Mio. Euro (konsumtiver Anteil 2,74 Mio. Euro und investiver Anteil 1,87 Mio. Euro). Hierin enthalten ist ein Risikozuschlag von 7,5 % für Unvorhergesehenes, der auf Erfahrungswerten aus der Vergangenheit beruht.

In Abhängigkeit von der jeweiligen Inbetriebnahme der einzelnen Modulbauten erfolgt die Beschaffung und Finanzierung der Einrichtung in den Jahren 2022 bis 2024. In 2022 erfolgt die Finanzierung (konsumtiver Anteil 0,19 Mio. Euro, investiver Anteil 0,13 Mio. Euro) innerhalb des Teilergebnisplans beziehungsweise Teilfinanzplans 0301 Schulträgeraufgaben aus veranschlagten Mitteln. Der Rat beschließt in diesem Zusammenhang für 2022 die Freigabe investiver Kassenmittel von 130.000 Euro im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4010-0301-4-2727 - GGS Nussbaumer Str. 254-256 - Einrichtung Modulbau.

Für 2023 bis 2024 werden die konsumtiven Einrichtungskosten (0,38 Mio. Euro in 2023 und 2,17 Mio. Euro in 2024) und die investiven Einrichtungskosten (0,25 Mio. Euro in 2023 und 1,49 Mio. Euro in 2024) im Rahmen des Haushaltsplan-Aufstellungsprozesses 2023ff. berücksichtigt.

Dezernat IV wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel gegebenenfalls durch Umschichtungen vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.15 Erweiterter Planungsbeschluss zu Bahnsteiganhebungen an den Stadtbahnhaltestellen Subbelrather Straße/Gürtel und Nußbaumerstraße 3358/2021

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0368/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0962/2022**

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Die Sätze 2 und 3 werden durch folgenden Satz ersetzt:

Hierbei soll die Variante C umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und Die FRAKTION **abgelehnt**.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung Nr. 3358/2021 wird wie folgt ergänzt:

Stellflächen, die im Rahmen der Umsetzung dauerhaft wegfallen, sind möglichst im ortnahen Umfeld zu kompensieren. Dabei ist die Möglichkeit der Nutzung der Stellplätze des Albertus-Magnus-Gymnasiums (AMG) in Betracht zu ziehen. Dies ggf. als Pilotprojekt zur Bewirtschaften von Schulparkplätzen; insbesondere für die nächtliche Nutzung (Digitale Bewirtschaftung).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und Die FRAKTION **zugestimmt**.

III. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie mit Verkehrsgutachten und der durchgeführten Öffentlichkeitsbeteiligung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Planung zur Herstellung der Barrierefreiheit an den Stadtbahnhaltstellen Nußbaumerstraße und Subbelrather Straße/Gürtel in Seitenlage weiter zu führen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 HOAI) vorzubereiten. Die Variante A ist hierbei Vorzugsvariante. Sollte die Variante A nicht genehmigungsfähig sein, wird die Variante C weiterverfolgt. Im Fortgang der Planung soll der gesamte Straßenraum zwischen der Subbelrather Straße und der Nußbaumerstraße weiterhin mitbetrachtet werden.

Stellflächen, die im Rahmen der Umsetzung dauerhaft wegfallen, sind möglichst im ortnahen Umfeld zu kompensieren. Dabei ist die Möglichkeit der Nutzung der Stellplätze des Albertus-Magnus-Gymnasiums (AMG) in Betracht zu ziehen. Dies ggf. als Pilotprojekt zur Bewirtschaften von Schulparkplätzen; insbesondere für die nächtliche Nutzung (Digitale Bewirtschaftung).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP **zugestimmt**.

10.16 Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifachturnhalle und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium, Zusestraße, Köln-Widdersdorf im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022, Einrichtungs- und Mittelfreigabe-beschluss 3478/2021

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifachturnhalle des Gymnasiums, Zusestraße Köln-Widdersdorf mit Gesamtkosten in Höhe von rund 3.740.000 Euro (investiver Anteil: 2.005.000,00 Euro, konsumtiver Anteil: 1.735.000 Euro).

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 1.735.000 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2022 aus veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 1.820.600 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichen Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-3-3091 – GY Zusestr. – Einrichtung Neubau. Die restlichen investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 184.400 Euro sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4031-0301-0-7000 – Offene Ganztagschule vorgesehen. Die Mittel in Höhe von 184.400 Euro werden im Haushaltsjahr 2022 per Sollumbuchung auf der Finanzstelle 4013-0301-3-3091 – GY Zusestr. – Einrichtung Neubau bereitgestellt.

2. Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 2.005.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Finanzstelle 4013-0301-3-3091 – GY Zusestr. für die Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifachturnhalle des Gymnasiums, Zusestraße, Köln-Widdersdorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.17 Anpassung der Umsetzungsanweisung zum Kooperativen Baulandmodell in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.05.2017 4229/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Anpassung der Umsetzungsanweisung zum Kooperativen Baulandmodell (KoopBLM) Köln in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.05.2017 gemäß der Anlage 1. Die Änderung wird mit dem Beschluss durch den Rat der Stadt Köln wirksam.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.18 Neubau einer Unterkunft zur öffentlich rechtlichen Unterbringung obdachloser Personen in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7 in 51063 Köln-Mülheim 1037/2021

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung obdachloser Personen auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung 4975 Dünwald, Flur 61, Flurstück 117 mit Gesamtkosten in Höhe von rund 6,84 Mio. €.

Die Umsetzung erfolgt nach den rechtlichen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Der Neubau umfasst eine Solarthermie- und eine Photovoltaikanlage, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Vorrichtungen zur Realisierung einer Elektromobilitätsladeinfrastruktur.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5195 – Neubau Schönrather Str. 7 freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.19 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Aufwendungen im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln anlässlich der Eröffnung der Karnevalssession am 11.11. und des Straßenkarnevals Weiterführung des erhöhten Risikomanagements und der sich daraus ergebenden Maßnahmen ab 11.11.2022 für die Dauer von vier Jahren 0014/2022

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und die Linke. AN/0994/2022

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt geändert:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines eigenen Konzeptes zur Planung, Umsetzung und Koordination der Sicherheitsmaßnahmen für so genannte Feier-hot-spots in der Kölner Innenstadt unter besonderer Beachtung der Erkenntnisse zur Eröffnung der letzten Karnevalssessionen am 11.11. und zum Straßenkarneval der vergangenen 3 Jahre.
- 2.) Der Rat der Stadt Köln erkennt den mit dieser Beauftragung verbundenen finanziellen Bedarf für zu beauftragende, aus dem Konzept folgende Dienstleistungen an und bittet die Verwaltung ihm eine dazu differenziert erarbeitete Darstellung vorzulegen.
- 3.) Der Rat der Stadt Köln stimmt der Vergabe dieser „untergeordneten“ Leistungen gemäß Ziffer 2. im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für das Jahr 2022 ab dem 01.08.2022 mit der Option der dreimaligen Verlängerung für die Jahre 2023 bis 2026 unmittelbar nach Ende des Straßenkarnevals zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und Die FRAKTION bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) **abgelehnt**.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung die Planung, Umsetzung und Koordination der Sicherheitsmaßnahmen zur Eröffnung der Karnevalssession am 11.11., zum Straßenkarneval beginnend zum 11.11.2022 für ein Jahr mit der Option der dreimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr öffentlich und europaweit ausschreibt.
2. Der Rat der Stadt Köln erkennt den mit dieser Ausschreibung verbundenen finanziellen Bedarf in Höhe von netto insgesamt 6.277.271,- EUR (brutto 7.469.951,- EUR) für die Jahre 2022 bis 2026 an und stimmt der Vergabe der Leistungen als Gesamtpaket im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für das Jahr 2022 ab dem 01.08.2022 mit der Option der dreimaligen Verlängerung für die Jahre 2023 bis 2026 unmittelbar nach Ende des Straßenkarnevals zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **zugestimmt**.

10.20 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Aufwendungen im Zuge der Bereitstellung von mobilen Sanitärsystemen für die Öffentlichkeit als Teil des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln anlässlich der Eröffnung der Karnevalssession am 11.11., Silvester, dem Straßenkarneval und sonstiger Anlässe. 0910/2022

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung die Bereitstellung von mobilen Sanitärsystemen für die Öffentlichkeit zur Eröffnung der Karnevalssession am 11.11., zu Silvester, zum Straßenkarneval und zu sonstigen Anlässen beginnend zum 01.11.2022 für ein Jahr mit der Option der dreimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr ausschreibt.
2. Der Rat der Stadt Köln erkennt den mit dieser Ausschreibung verbundenen finanziellen Bedarf in Höhe von netto insgesamt 1.752.943,- EUR (brutto 2.086.002,- EUR) für die Jahre 2022 bis 2026 an und stimmt der Vergabe der Leistungen im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für das Jahr 2022 ab dem 01.11.2022 mit der Option der dreimaligen Verlängerung in 2023, 2024 und 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.21 Stärkung des Auszugsmanagements 1087/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt die Stärkung des Auszugsmanagements mit der Finanzierung von einer weiteren auf ein Jahr befristeten Vollzeitstelle für den Zeitraum 01.06.2022 bis 31.05.2023 sowie der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Sprachmittlung und Ausstattung der neuen Stelle bei den mit dem Auszugsmanagement beauftragten Trägerorganisationen.

Für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle sind jährliche Aufwendungen in Höhe von 60.000 € zu berücksichtigen. Hinzu kommen Aufwendungen für die Sprachmittlung in Höhe von 3.000 € sowie Sachkosten in Höhe von 3.000 €, insgesamt 66.000 €.

Die Aufwandsermächtigungen für die Finanzierung der zusätzlichen Stelle stehen im Haushaltsplan 2022 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 38.500 € anteilig für das Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung. Das Dezernat Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2023/2024 innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die für das Folgejahr erforderlichen Mittel vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

10.22 Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024 Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW 1222/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1000/2022

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage ist durch folgenden Beschlusstext zu ersetzen.

Der Rat beschließt die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, für das Haushaltsjahr 2023/2024 auf 1.509.862,00 € pro Jahr festzusetzen.

Von diesem Gesamtbetrag entfallen auf die einzelnen Stadtbezirke die folgenden Teilbeträge:

1. Innenstadt	175.400 €
2. Rodenkirchen	156.300 €
3. Lindenthal	204.500 €
4. Ehrenfeld	155.600 €

5. Nippes	164.200 €
6. Chorweiler	125.400 €
7. Porz	160.700 €
8. Kalk	167.762 €
9. Mülheim	200.000 €

Im Zusammenhang mit dem Beratungsverfahren nach § 37 Abs. 4 GO NRW entscheiden die Bezirksvertretungen über die Verwendung der Mittel. Die Zweckbestimmung der Mittel muss hinreichend konkret sein. Pauschale Festlegungen sind nicht möglich.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. **abgelehnt.**

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW, über deren Verwendung die Bezirksvertretungen alleine entscheiden, für die Haushaltsjahre 2023/2024 auf 1.417.800 € p.a. festzusetzen.

Von diesem Gesamtbetrag entfallen auf die einzelnen Stadtbezirke die folgenden Beträge:

1. Innenstadt	163.700 €
2. Rodenkirchen	146.600 €
3. Lindenthal	192.000 €
4. Ehrenfeld	146.100 €
5. Nippes	154.300 €
6. Chorweiler	117.600 €
7. Porz	150.900 €
8. Kalk	158.000 €
9. Mülheim	188.600 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

**10.23 Stadtwerke Köln GmbH - Gründung und Beteiligung an der „KLAR GmbH“ (Klärschlammverwertung am Rhein GmbH); Unterbeteiligung der Stadtwerke Bonn GmbH
1273/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0993/2022**

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Punkt 1 wird wie folgt erweitert.

Dazu gehören insbesondere auch:

Falls der Klärschlamm nicht, wie in der Vorlage beschrieben, mit "dem umweltfreundlichen Schiff" nach Merkenich transportiert werden kann, falls dies zum Beispiel aufgrund des Rheinpegels nicht möglich ist, wird hierfür ersatzweise der Gleistransport eingesetzt. Ein Transport mit dem LKW findet nicht statt.

Der Beginn der Klärschlammverbrennung wird zeitlich nach dem Ende der Braunkohleverbrennung liegen, so dass ein gleichzeitiger Betrieb von Verbrennungsanlage und Braunkohlekraftwerk zu keiner Zeit gegeben ist.

Die entstehende Asche wird zeitnah per Gleis abtransportiert zu dem Ort, wo die Phosphorrückgewinnung stattfinden wird. Hierfür wird ein anderer Standort gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion die Linke. **abgelehnt.**

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich weiterhin damit einverstanden, dass sich die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) mit einem Gesellschafteranteil in Höhe von 24,9 % an der KLAR GmbH (Klärschlammverwertung am Rhein) gemäß Beschlussfassung des Rates in der Sitzung am 6. Mai 2021 sowie gemäß den weiteren Änderungen gemäß dieser Vorlage beteiligt und gemeinsam mit den weiteren Gesellschaftern die Gesellschaft gründet.
2. Die Gründung der KLAR GmbH steht weiterhin unter dem Vorbehalt, dass die Mindestmenge von 30.000 t Trockenmasse (t_{tm}) für die Verbrennung aufgrund von verbindlichen Entscheidungen der potenziellen Gesellschafter zur Verfügung steht.
3. Die Beteiligung erfolgt auf Basis des in Anlage 2 beigefügten fortgeschriebenen Gesellschaftsvertragsentwurfes für die zu gründende Gesellschaft.
4. Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen insbesondere des Gesellschaftsvertrages als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderun-

gen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

**10.24 Ausschreibung - Rahmenvertrag Catering mit Service
0709/2022**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt (siehe Ziffer VI - Seite 6).

**10.25 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1196/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kliniken der Stadt Köln gGmbH gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage 1 (Spalte Neufassung in der Synopse) zu.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

**10.26 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Köln hier: Bedarfsfeststellung
1316/2022**

Beschluss:

Der Rat stellt auf der Grundlage des nachfolgend aufgeführten Rahmenkonzeptes den Bedarf von bis zu 10.000 Plätzen zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Köln für den Zeitraum bis zum 31.12.2022 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung aller zur Schaffung dieser Aufnahmekapazität und deren Betrieb erforderlichen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 63474/02, Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486-494 in Köln-Ehrenfeld 0561/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet zwischen der Subbelrather Straße und der Äußere Kanalstraße mit der Flurstücknummer 133, Flur 73, Gemarkung Müngersdorf—Arbeitstitel: (Subbelrather Straße 486-494 in Köln-Ehrenfeld— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 6 bis 8;
2. den Bebauungsplan Nummer 63474/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 664382/02 Arbeitstitel: Bauliche Erweiterung Blaue Funken/ Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Altstadt/Süd 0621/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 664382/02 für das Gebiet im Bereich Blaue-Funken-Weg in der Gemarkung Köln, Flur 33, auf dem Flurstück 266 (ehemalige Stadtmauer) sowie in südöstlicher Verlängerung auf dem Flurstück 348 in einer Breite von ca. 12 m und Länge von ca. 33 m südlich des Blaue-Funken-Weges parallel zum Kartäuserwall mit einer Größe von ca. 610 m² in Köln-Altstadt/Süd. —Arbeitstitel: Bauliche Erweiterung Blaue Funken/ Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Altstadt/Süd — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;

- den Bebauungsplan 664382/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 62460/02 Arbeitstitel: Vitalisstraße/ Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang 0661/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt

- den Geltungsbereich des Bebauungsplans betreffend die Aufstellung des Bebauungsplanes Nummer 62460/02 –Arbeitstitel: Vitalisstraße/ Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang – gemäß des Aufstellungsbeschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 10. März 2016 auf das vom Bebauungsplan betroffene Gebiet zu verkleinern (siehe Anlage 1);
- über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet zwischen Teichrohrsängerweg, Am Wassermann, Wasseramselweg, Girlitzweg, einer bewaldeten Aufschüttung sowie einem bestehenden Kindermöbelgeschäft in Köln-Vogelsang — Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang—abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2, 3 und 4;
- den Bebauungsplan Nummer 62460/02 –Arbeitstitel: Vitalisstraße/ Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramselweg in Köln-Vogelsang – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt.**

12.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 67410/11; Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg 0679/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Geltungsbereich des Bebauungsplans betreffend die Aufstellung des Bebauungsplanes Nummer 67410/11 – Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg – gemäß des Aufstellungsbeschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 3. April 2014 auf das vom Bebauungsplan betroffene Gebiet im westlichen Bereich der Mertener Straße zu verkleinern (siehe Anlage 1);
2. über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet zwischen dem Raderberggürtel im Norden, der Mertener Straße und den rückwärtigen Grundstücksgrenzen der Bebauung Bonner Straße 478 bis 488 und der Bonner Straße im Osten, der Gaedestraße im Süden sowie der öffentlichen Grünfläche und der westlichen Grundstücksgrenze des Deutschlandfunks im Westen in Köln-Marienburg – Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg – abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2, 3, 4, 5 und 6;
3. den Bebauungsplan-Entwurf Bebauungsplan Nummer 67410/11 – Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg – nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
4. den Bebauungsplan Nummer 67410/11 – Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg – nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. **zugestimmt.**

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Bereich "Krebelspfad" in Köln-Worringen 0239/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Bereich „Krebelspfad“ in Köln-Worringen in der als Anlage 4 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Bereich "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen 0240/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Bereich des Sürther Felds in Köln-Rodenkirchen in der als Anlage 5 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

16.3 280. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4241/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 280. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

16.4 281. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0236/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 281. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

17 Gremienbesetzungen

17.1 Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen in die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln 0139/2022

Beschluss:

Der Rat wählt gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung Mitglieder der Seniorenvertretung als sachkundige Einwohner*innen bzw. stellvertretende sachkundige Einwohner*innen in die Fachausschüsse:

Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren

Dr. Christiane Köhler als sachkundige Einwohnerin
Petra Gehrken als Stellvertretung

Gesundheitsausschuss

Volker Scherzberg als sachkundiger Einwohner
Heinz-Peter Bourry als Stellvertretung

Verkehrsausschuss

Dr. Burkhard Pfingsthorn als sachkundiger Einwohner
Lilly Liebig als Stellvertretung

Ausschuss Kunst und Kultur

Regina Schlimkowski als sachkundige Einwohnerin
Lilly Liebig als Stellvertretung

Sportausschuss

Herbert Krempa als sachkundiger Einwohner

Eva Gärtner-Plückthun als Stellvertretung

Ausschuss Klima, Umwelt und Grün

Petra Gehrken als sachkundige Einwohnerin

Gabriele Wedde als Stellvertretung

Stadtentwicklungsausschuss

Eva Gärtner-Plückthun als sachkundige Einwohnerin

Heinz-Peter Bourry als Stellvertretung

Jugendhilfeausschuss

Herbert Schuhmachers als sachkundiger Einwohner

Hedwig Drießen als Stellvertretung

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Axel Fier als sachkundiger Einwohner

Monika Maurer als Stellvertretung

Bauausschuss / Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft

Heinz-Peter Bourry als sachkundiger Einwohner

Hedwig Drießen als Stellvertretung

Unterausschuss Wohnen

Lilly Liebig als sachkundige Einwohnerin

Monika Maurer als Stellvertretung

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

Dr. Burkhard Pfungsthorn als sachkundiger Einwohner

Regina Schlimkowski als Stellvertretung

Digitalisierungsausschuss

Volker Scherzberg als sachkundiger Einwohner

Eva Gärtner-Plückthun als Stellvertretung

Wirtschaftsausschuss

Felicitas Vorpahl-Allweins als sachkundige Einwohnerin

Herbert Krempa als Stellvertretung

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Hans Anton Meurers als sachkundiger Einwohner

Heinz-Peter Bourry als Stellvertretung

Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Petra Gehrken als sachkundige Einwohnerin

Felicitas Vorpahl-Allweins als Stellvertretung

Damit endet die Entsendung der bisher auf Empfehlung der SVK-Stadtkonferenz gewählten sachkundigen Einwohner*innen sowie Stellvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.2 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Vorschlag für die Wahl in den Aufsichtsrat
0858/2022**

Beschluss:

- I. Der Rat schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH vor, an Stelle von Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert zum 15.05.2022

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen. Er beauftragt die städtische Vertreterin bzw. den städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Köln/Bonn GmbH entsprechend zu votieren.

- II. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesellschafterversammlung der der Flughafen Köln/Bonn GmbH aufgrund der Vorschläge des Rates der Stadt Köln neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.
- III. Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien der Flughafen Köln/Bonn GmbH an, den Public Corporate Governance Kodex für die Flughafen Köln/Bonn GmbH zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.3 Berufung von (stellvertretenden) Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln
0882/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

Dr. Florian Koroska für die Ärztekammer Nordrhein

(bisher Michael Krakau),

Wilhelm Hilarius Kastenholz für die Selbsthilfegruppen

(bisher Ingrid Lenz)

und

Renate Schäfer-Sikora für das Amt für Kinder, Jugend und Familie

(bisher Klaus Völlmecke)

zu der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen

sowie

Dr. Johannes Nolte für die Ärztekammer Nordrhein

(bisher Dr. Florian Koroska),

zum der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellungen der bisherigen (stellvertretenden) Mitglieder werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

17.4 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter *innen in der Zweckverbandsversammlung zur Wahl von Dienstkräften im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn 0678/2022

Beschluss:

Der Rat weist sämtliche von ihm in die Versammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn entsandten Vertreter*innen an, in der Versammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn wie folgt zu votieren:

1. Herr Markus Pohl

wird aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte) zum ordentlichen Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Köln Bonn gewählt.

2. Herr Daniel Falterbaum

wird aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte) zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Köln Bonn gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern" AN/0992/2022

Beschluss:

Für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern benennt der Rat Frau Angelika Maria Christ als Sachkundige Einwohnerin anstelle von Eva Pohl, die als Sachkundige Einwohnerin ausscheidet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Neubesetzung von Gremien"
AN/0995/2022**

Beschluss:

1. Harjin Esmael wird neuer Sachkundiger Einwohner im Digitalisierungsausschuss und ersetzt Katharina Loeber.
2. Albert Nowak wird neues Mitglied im Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein und ersetzt Jasmin Yildirim.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1
Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**18.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der
Stadt Köln
1118/2022**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Ergänzung eines zusätzlichen Ermäßigungstatbestands für Menschen, die dem Aufenthaltsgesetz (Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet, hier: § 24 Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz) unterliegen, unter Ziffer 2.3.2 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln in der Fassung vom 01.01.2020 entsprechend der Anlage zu diesem Beschluss, damit der Regelungsinhalt im Sinne einer Gleichstellung gegenüber anderen Geflüchteten auf die Menschen aus der Ukraine angewendet werden kann.

Die Verwaltung wird weiterhin gebeten zu prüfen, ob die Kriterien für den KölnPass so angepasst werden können, dass eine größere Flexibilität und einheitliches Vorgehen der Verwaltung in Fällen wie diesen erleichtert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**18.2 Nationales Bewerbungsverfahren des Deutschen Fußballbundes e. V.
zur Ausrichtung der FIFA Frauenweltmeisterschaft 2027**

**hier: Unterzeichnung der Teilnahmeerklärung durch die Stadt Köln und
die Kölner Sportstätten GmbH
1330/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln befürwortet die Bewerbung Kölns und stimmt der Unterzeichnung der Teilnahmeerklärung – gemeinsam mit dem Betreiber des RheinEnergie STADIONS, der Kölner Sportstätten GmbH – am Nationalen Bewerbungsverfahren für die Bewerbung des Deutschen Fußball-Bund e.V. (DFB) als Mit-Ausrichter der FIFA Frauen-Weltmeisterschaft 2027 zu. Derzeit gibt es zu den detaillierten Anforderungen und Kosten keine verbindliche Auskunft seitens des DFB. Daher kann auch im Hinblick auf die lange Vorlaufzeit derzeit keine verlässliche Finanzierungsaussage getroffen werden. Aus den Erfahrungen von ähnlichen Großveranstaltungen kann jedoch abgeleitet werden, dass der städtische Aufwand bis zu 2 Mio. Euro betragen kann. Dabei sind die Finanzmittel im Rahmen des künftigen Haushaltsaufstellungsverfahrens im Haushalt abzubilden. Sobald sich im internationalen Verfahren die Kostenfrage konkretisiert, wird es eine erneute Befassung der politischen Gremien geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

19 -

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Maria Lange
Schriftführerin